A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 24 Donnerstag, den 25. Februar 1932. 45. Jahrgang

Der erste Tag.

Wieder Reichstag — Erregte Verhandlungen

Reichstagsbeginn und polizeiliche Absperrung — das sind notgedrungen zwei zusammengehörende Begriffe geworden, seit Ausschreitungen, seit planmäßige Demonstrationen und Störungsversuche gezeigt haben, daß man nur mit polizeilichem Schutz aufgehetzte Elemente in Ruhe halten kann. So war es schon ein gewohntes Bild, wenn am frühen Vormittag Polizei rings um das Reichstagsgebäude aufmarschierte, wenn die seit den Morgenstunden wartenden Massen zurückgedrängt werden mußten, wenn man die ganze Umgebung des Reichstagsgebäudes bis zum Brandenburger Tor und bis an das Spreeufer absperrte, wenn die Säulen des Brandenburger Tores mit Seilen umbunden wurden, um den Aufmarsch von Demonstranten von vornherein unmöglich zu machen. Welche eigenartige Anziehungskraft Parlamentstagungen auf manche Schichten der Bevölkerung haben, zeigte sich trotzdem in den von der Absperrung unberührten Straßen. Weit hinter dem Brandenburger Tor, Unter den Linden und auf der Wilhelmstraße standen Menschenmassen Spalier, ohne daß sie wohl selbst wußten, was sie nun eigentlich hier sehen wollten.

Zu sehen gab es eigentlich erst etwas im Reichstagsgebäude selbst und da vor allem im Sitzungssaale. Es war zunächst ein nicht unerfreuliches Bild. Dieser überfüllte Parlamentssaal, die überfüllten Tribünen, die Regierungsbank, auf der sämtliche Minister Platz genommen hatten, die Bank des Reichsrats mit den Ländervertretern — das alles konnte in dem Besucher einen Augenblick lang das Gefühl hervorrufen, als ob das deutsche Parlament wirklich mit dem Ernst und mit der Anteilnahme an einen der wichtigsten Staatsakte an die Wahl des deutschen Staatsoberhauptes für sieben Jahre, heranginge. Man bemerkte freilich sehr bald Unruhe und lebhaftes Hin und Her auf den Bänken, nachdem unter verhältnismäßiger Ruhe Reichsminister Groener gesprochen hatte, als der Redner der NSDAP., der Abgeordnete Goebbels, das Wort ergriff. Im Verlaufe seiner Rede kam es aber zu derartigen Lärmszenen, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

Sitzungsbericht.

Haus und Tribünen sind überfüllt Am Regierungstisch haben Reichskanzler Dr. Brüning, Vizekanzler Dietrich und die Reichsminister Stegerwald, Groener und Joel Platz genommen.

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Beschlußfassung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten. Damit verbunden ist die große innen- und außenpolitische Aussprache.

Reichsminister Groener

begründet den Vorschlag der Reichsregierung, als Wahltag für den ersten Wahlgang den 13. März und als Tag des zweiten Wahlganges den 10. April festzusetzen. Er betont, daß die Neuwahl so zeitig vorbereitet werden muß, daß am 5. Mai, an dem die Amtsperiode des Reichspräsidenten von Hindenburg abläuft, ein Reichspräsident, neu gewählt, zur Uebernahme des Amtes vorhanden sein muß. Der Minister hebt hervor, daß nach den Ausführungsbestimmungen zum Reichspräsidentenwahlgesetz eine Beschlußfassung des Reichstags über einen zweiten Wahlgang erst erforderlich sein würde, wenn dessen Notwendigkeit feststeht. Um ein für alle Mal diese technische Frage zu erledigen, empfiehlt es sich, schon jetzt einen Eventualbeschluß über den Tag des zweiten Wahlganges festzusetzen.

Ich brauche wohl nicht näher zu begründen, so erklärt der Minister, daß während der öffentlichen Zeit eine Wahl nicht stattfinden kann. So ergeben sich aus der Wahltechnik wie aus der Kalenderlage zwangsläufig der 13. März und der 10. April. Namens der Reichsregierung empfiehlt der Minister, dem Vorschlag zuzustimmen. Die Reichsregierung werde dafür sorgen, daß die Wahlvorbereitungen ungestört vor sich gehen könnten. Allen Versuchen, Wahlversammlungen durch gewalttätiges Vorgehen zu verhindern und dadurch die in der Verfassung garantierte Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, werde auf das schärfste entgegengetreten werden.

Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.)

erklärt: Das hervorstechendste Merkmal der politischen Entwicklung der letzten zwei Jahre in Deutschland ist der 14 September 1930. Aus dem Verfall der bürgerlichen Parteien kristallisierte sich eine 6½-Millionen-Armee der Nationalsozialisten. Anstatt daß die Nationalsozialisten nun an der Macht beteiligt würden, erklärte Reichskanzler Dr. Brüning an dem Tage nach der Wahl, es habe sich nichts geändert, es bleibe beim alten Kurs. Diese Erklärung stelle eine Verfälschung des Wahlergebnisses dar.

Das Jahr 1932 wird für Deutschland die endgültigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen bringen.

Der Redner umreißt die augenblickliche wirtschaftliche und politische Lage, die ein Bild grauenhafter Verwüstung biete. Die Notverordnungspolitik hat die Gesundheit des deutschen Volkes zerrüttet. Im Innern verschärfen sich die Gegensätze mehr und mehr. Der Reichskanzler hat bei seinem Amtsantritt erklärt, erst die Finanzen sanieren und dann die großen außenpolitischen Fragen in Angriff nehmen zu wollen. Diese These war von vornherein ein Fehlschuß, sie verwechselte Ursache und Wirkung. Die Finanzen sind in Unordnung, weil sie ewig durch eine Tributpolitik bedroht wurden, die sich vor der ganzen Welt als undurchführbar erwiesen hat.

In der Außenpolitik hat die Reichsregierung eine katastrophale Niederlage nach der anderen in niegesehenem Ausmaß erlitten. Ihr fehlt auch die Verbindung mit den breiten Massen des Volkes. Sie steht auf einer wankenden und in sich zerbröckelnden Parlamentsmehrheit, die sich nicht mehr der Mehrheit des Volkes selbst erfreut.

Wir haben uns leidenschaftlich gegen die Annahme des Young-Planes zur Wehr gesetzt. Das amtliche Deutschland trat uns entgegen, die Minister prangerten am Radio die Führer der nationalen Oppositionsbewegung als wirtschaftliche und politische Landesverräter an. (Unruhe links. — Präsident Löbe ersucht mehrfach um Ruhe.)

Die Nationalsozialisten haben das Recht, von der Regierung Rechenschaft zu verlangen über das, was sie versprach und was sie geleistet hat.

Der Sahm-Ausschuß stellt in der Tat einen Ausschuß dar. (Beifall bei den Nat.-Soz.) Es ist ein Irrtum des Reichspräsidenten, wenn er erklärt, daß er seinen Platz nicht eigenmächtig verlassen wolle. Er ist auf sieben Jahre gewählt, und handelt nur pflichtgemäß, wenn er seinen Platz nach Ablauf dieser Zeit verläßt. Erhebt er weiterhin Anspruch auf unsere Stimmen, so muß er sich gefallen lassen, daß die von ihm verantwortete Politik kritisch überprüft wird. Nicht die nationalsozialistische Bewegung hat Hindenburg im Stich gelassen, nein, Hindenburg hat die Sache seiner Wähler im Stich gelassen. (Lebh. Beifall rechts.) Er hat sich eindeutig auf die Seite der Mitte und der Sozialdemokratie gestellt.

Als der Redner in diesem Zusammenhang die Sozialdemokraten Deserteure nennt, erhebt sich bei der angegriffenen Partei ungeheurer Lärm. Die sozialdemokratischen Abgeordneten drängen auf die Rednertribüne zu, ebenso die Nationalsozialisten. Durch andauernde Zwischenrufe wird Abg. Goebbels am Weiterreden verhindert. Als auf die Vorstellungen des Präsidenten einen Augenblick Ruhe eintritt, erklärt der Redner: Es ist mir bekannt, daß aus dem Reichstagsbüro der Sozialdemokraten eine Denkschrift herausgegeben ist, in der gesagt wird, daß der Landesverrat kein Verbrechen sei. (Erneuter großer Lärm bei den Soz.)

Präsident Löbe versucht vergeblich, Ruhe zu schaffen und ruft den Abg. Goebbels für den Ausdruck „Deserteure" zur Ordnung, nachdem er ihn gefragt hat, ob ihm bekannt sei, daß in der sozialdemokratischen Fraktion sich Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte befinden.

Nach weiteren vergeblichen Versuchen, die Ruhe wiederherzustellen, unterbricht Präsident Löbe die Sitzung für eine halbe Stunde.

Die zweite Sitzung.

Nach etwa einstündiger Unterbrechung eröffnet Präsident Löbe die Sitzung wieder. Er erklärt, daß der Aeltestenrat sich mit dem Zwischenfall beschäftigt habe.

Auf Grund des Stenogramms habe Dr. Goebbels in bezug auf den Reichspräsidenten v. Hindenburg erklärt, er sei gelobt worden von der Asphaltpresse und von der Partei der Deserteure. In dieser Bemerkung sehe der Aeltestenrat eine Beleidigung des Staatsoberhauptes und eine gröbliche Verletzung der Ordnung des Hauses. Der Abg. Goebbels wird daher von der Sitzung ausgeschlossen.

(Händeklatschen im Ztr. und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Goebbels verläßt den Saal unter fortgesetzten Heil-Rufen seiner Parteifreunde.

Im Namen von Kriegsteilnehmern verschiedener Fraktionen meldet sich Abg. Lemmer (Staatspt.) zum Wort, kann sich aber bei größter Unruhe und lärmenden Zurufen von der Rechten kaum durchsetzen.

Er erklärt, der Abg. Goebbels habe Mitglieder des Hauses beleidigt, die als Kriegsteilnehmer den Weltkrieg mitgemacht hätten.

Diese Erklärung habe bei den Fraktionen, für die er spreche, und in den Kreisen der Kriegsteilnehmerfraktionen größte Entrüstung hervorgerufen. (Fortgesetzte große Unruhe. — Die Abgeordneten drängen zum Rednerpult, die Ausführungen des Redners selbst gehen in Lärm unter.) Von allen Parteien seien eben Opfer auf dem Altar des Vaterlandes dargebracht worden.

Die Entrüstung sei um so größer, als der Abgeordnete Goebbels und ein großer Teil seiner Fraktionskollegen den Weltkrieg nicht mitgemacht hätten.

Abg. Stubbendorff (Dnatl.)

erklärt, er habe in dem Lärm nicht klar verstehen können, wem Herr Lemmer eigentlich vertrete. Er nehme deshalb Veranlassung, zu betonen, daß dessen Erklärung für die Kriegsteilnehmer der deutschnationalen Fraktion nicht abgegeben sei.

Abg. Gräf (Komm.)

erklärt, die Kriegsopfer würden gemeinsam mit dem Proletariat ihre Sache gegen die kapitalistische Kriegspolitik der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten zu verteidigen wissen.

Abg. Strasser (Nat.-Soz.)

wird von der Linken mit lebhafter Unruhe empfangen. Der Redner protestiert gegen die unerhörte Gewalttätigkeit, die man gegen den Abg. Goebbels angewendet habe. Auf das Stichwort von der Partei der Deserteure habe sich nur die Sozialdemokratie getroffen gefühlt. (Stürm. Beifall b. d. Nat.-Soz., Gelächter bei den Soz.) Dieser Name kann sich niemals auf jemanden beziehen, der bis zum letzten Tage an der Front gestanden hat. Ich kämpfe lieber gegen den Feind, als daß ich infolge der marxistischen Brüningpolitik vor Hunger krepiere! Mit talmudisch geschulter Spitzfindigkeit hat man aus den Worten des Abg. Goebbels eine Beleidigung konstruieren wollen. Er hat dabei von einem Lobe gesprochen, das kann niemals eine Beleidigung sein.

Abg. Dr. Schumacher (Soz.)

betont unter dem Lärm der Nationalsozialisten, es habe keinen Zweck, sich mit den Nationalsozialisten über Beleidigungen zu unterhalten, da diese die Verleumdung geradezu zum System gemacht hätten. Die Sozialdemokraten hätten es nicht nötig, ihre durch Opfer an Gut und Blut erhärtete nationale Politik (Lachen bei den Nat.-Soz.) gegenüber den Nationalsozialisten zu verteidigen, von denen ein großer Teil sich erst seit zwei oder drei Jahren mit Politik beschäftige. Die nationalsozialistische Agitation sei ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen (Großer Lärm bei den Nat.-Soz.) Wenn man irgend etwas bei der Nationalsozialisten anerkennen könne, so sei es die Tatsache, daß ihnen zum ersten Mal in der deutschen Politik die Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen sei.

Abg. Ulbricht (Komm.)

stellt fest, daß der Reichstag im Zeichen imperialistischer Kriegspolitik tage.

Abg. **Baltrusch** (Volksnat.) gab für die Reichsvereinigung der Jungdeutschen Bewegung die Erklärung ab, daß diese nach wie vor zu Hindenburg stehe.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Die Gegenkandidaten zur Reichspräsidentenwahl.

Oberst a. D. Duesterberg, der Vorsitzende des Stahlhelm Adolf Hitler, der Kandidat der Nationalsozialisten, Ernst Thälmann, der Kandidat der Kommunisten.

Tardieus Regierungserklärung.

Tribute und Abrüstung.

Paris, 24. Februar.

Das Kabinett Tardieu stellte sich der Kammer und dem Senat vor. In der Kammer verlas Tardieu die Regierungserklärung, die sich im wesentlichen auf außenpolitische Fragen erstreckte. Nach einem kurzen Hinweis darauf, daß der neuen Regierung nur eine beschränkte Aufgabe zufalle, ging er sofort auf die Tribut- und Abrüstungsfrage ein. Tardieu erklärte:

Die französische These in der Reparationsfrage beschränkt sich auf die bestehenden Verträge, die gewisse Abänderungen zulassen, die aber von den Unterzeichnern nicht mißachtet werden dürfen.

Der französische Abrüstungsplan in Genf bezweckt die Stärkung des Völkerbundes durch die Schaffung einer internationalen Streitmacht. Die französische Regierung begrüßt das französisch-englische Abkommen über die Lausanner Konferenz, da beide Länder den Frieden im Recht wünschen.

Diejenigen Völker, mit denen wir im Krieg standen, denen wir erlitten haben, wissen, daß sie unsererseits auf eine ehrliche und weitherzige Haltung rechnen können, die auf Gegenseitigkeit beruhen muß, um eine Annäherung der Interessen und Gedanken zu ermöglichen.

Tardieu ging kurz auf die Innenpolitik ein und betonte die Notwendigkeit der schnellen Verabschiedung des Haushalts. Er erklärte ferner, daß sich die Regierung nicht in den Kampf um die Wahlreform mischen werde. Nach der Verlesung der Erklärung wurde sofort in die öffentliche Aussprache eingetreten.

Ein deutscher Schritt.

Zur Behandlung der Memelfrage im Haag.

Berlin, 23. Februar.

Zum Abschluß der Völkerbundsratstagung über die Memelfrage weist man in maßgebenden Kreisen in Berlin darauf hin, der Bericht habe klipp und klar festgestellt, daß die Lage im Memelgebiet anormal sei und daß Maßnahmen ergriffen werden müßten, damit die Zustände nicht noch schlimmer würden. Es sei nun zunächst abzuwarten, ob im Memelgebiet tatsächlich ein gesetzmäßiges Direktorium eingesetzt würde, das das Vertrauen des Landtages besitze.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320225-10/fragment/page=0001

Ferner müsse abgewartet werden, ob die Absetzung des Landespräsidenten Böttcher, wie vorgesehen, vor einem internationalen Forum verhandelt würde.

Nach deutscher Ansicht könne dazu nur der Haager Gerichtshof in Frage kommen. Die deutsche Regierung hat bei den Regierungen der Unterzeichnermächte des Memelabkommens bereits Schritte in dieser Hinsicht eingeleitet, um die Behandlung der Angelegenheit Böttcher vor dem Haager Gericht zu erreichen.

Kriegsgeist im Fernen Osten.

Einigung der chinesischen Generäle. — Japanische Wahlergebnisse.

Alle chinesischen Politiker, die die Zerrissenheit ihres Landes seit Jahren beklagen und vergeblich dagegen ankämpfen, waren einig in der Hoffnung, daß die Erschütterung von außen her, der kriegerische Einbruch der verhaßten Japaner, endlich das nationale Bewußtsein des Volkes und das nationale Verantwortungsgefühl der sich befehdenden Generäle wachrütteln müßten, und diese Hoffnung hat nicht getrogen. Was der Einbruch in die Mandschurei allein noch nicht vermochte, das hat der japanische Angriff auf Schanghai, die Bedrohung chinesischer Lebensinteressen in einem Millionenzentrum bewirkt.

Tschiangkaischek hat sich an die Spitze der Armee gestellt, die Schanghai verteidigt, und sein Vorbild hat Nacheiferung gefunden. Die sich bisher bekriegenden Generäle in den einzelnen Provinzen haben eine Verständigung über die Führung ihrer Truppenverbände herbeigeführt und erklären öffentlich, daß sie gemeinsam die nationale Verteidigung führen wollen.

Gelingt diese Einigung tatsächlich, und ist sie von Dauer, so kann sie tatsächlich den Wendepunkt in der neueren Geschichte Chinas bedeuten, den der Finanzminister Sung ankündigt. Die vereinigte Kraft der chinesischen Truppenverbände ist nicht zu unterschätzen, es sind gewaltige Aufgebote, und sie sind in jahrelangen kriegerischen Aktionen geschult und an äußerste Strapazen gewöhnt.

Trotzdem muß man hinsichtlich des schließlichen Ausganges dieser Kämpfe skeptisch sein.

Japan hat sich in das kriegerische Abenteuer nicht blindlings hineingestürzt, es handelt nach einem kaltblütig durchdachten Plan; aber der unerwartete Widerstand der Chinesen macht diese Kämpfe zu einer Prestigefrage nicht nur für die Militärs, sondern für ganz Japan.

Die Japaner stellen den Kampf vorläufig ein.

Die Japaner haben, wie neutrale militärische Beobachter versichern, ihre militärischen Operationen auf der ganzen Kampffront eingestellt. Sie werden die Operationen vor dem Eintreffen neuer Verstärkungen voraussichtlich nicht wiederaufnehmen. Dieser aufsehenerregende Entschluß des japanischen Oberkommandos ist in erster Linie auf den chinesischen Vorstoß im Norden von Kiangwan zurückzuführen, durch den der rechte Flügel der japanischen Truppen zum Rückzug gezwungen wurde.

Die chinesischen Truppen rückten aus Norden heran, überschritten den Wusung-Kanal, überflügelten die rechte japanische Flanke und eroberten das Dorf Miahnog, das von den Japanern besetzt worden war, wieder zurück. Die Japaner zogen darauf ihren rechten Flügel zurück und stellten kurz darauf die Feindseligkeiten auf der ganzen Front ein.

Die Japaner machten noch vor dem Einsetzen des chinesischen Vorstoßes zwei Sturmangriffe auf Kiangwan und Tafang, die jedoch beide schlichlugen.

An der Schapeifront ist es nach einem heftigen Artillerie-Duell nunmehr ebenfalls ruhig. Die beiderseitigen Stellungen sind unverändert.

Deutsche Tagesschau.

Bierpreissenkung in Berlin rückgängig gemacht.

Auf Grund der den Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten in Berlin erteilten Ermächtigungen wird im Hinblick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Härten und im Hinblick auf die schwebenden Erörterungen wegen Senkung der Biersteuer für den Bezirk der Polizeiverwaltung Berlin von der Durchführung der bisher festgesetzten Bierpreissenkung vorläufig Abstand genommen.

Mißtrauensantrag der Deutschen Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volksparlei hat den Beschluß gefaßt, ein Mißtrauensvotum gegen das Reichskabinett einzubringen und bei der Abstimmung Fraktionszwang auszuüben. Die Deutsche Volkspartei wird ihren Antrag mit einer besonderen Erklärung verbinden, in der die selbständige oppositionelle Stellung der Partei hervorgehoben wird.

Aufruf des Grafen Westarp.

Ein Aufruf des Grafen Westarp für die Wiederwahl Hindenburgs, der von 430 Persönlichkeiten unterzeichnet worden ist, betont die Notwendigkeit der Wiederwahl Hindenburgs auch aus außenpolitischen Gründen. Unter den 430 Unterzeichnern befinden sich u. a. zwölf ehemalige Generäle, eine Reihe von Universitätsprofessoren sowie Vertreter der Wirtschaft wie Krupp und Abraham Frowein. Außerdem stehen unter dem Aufruf die Namen einer Anzahl von Landwirten, christlichen Gewerkschaftsführern und anderer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Graf Westarp hat die Unterschriften gesammelt, um einem vielfach empfundenen Wunsch entsprechend rechtsstehenden Persönlichkeiten, die bereits im Jahre 1925 zu den Wählern des Reichspräsidenten von Hindenburg gehört haben, abseits aller parteipolitischen Kundgebungen die Gelegenheit zu dem öffentlichen Bekenntnis zu geben, daß sie dem Generalfeldmarschall von Hindenburg für seinen schweren und pflichtbewußten Entschluß dankbar sind und seine Wiederwahl für eine unbedingte vaterländische Notwendigkeit halten.

Vollmacht für den SPD.-Parteivorstand.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei nahm einen Vortrag des Parteivorsitzenden Wels über die politische Lage im Hinblick auf die Reichspräsidentenwahl entgegen. Nach eingehender Aussprache bevollmächtigte der Ausschuß den Parteivorstand einstimmig, über die Parole zur Reichspräsidentenwahl von sich aus die Entscheidung zu fällen.

Unsinnige Gerüchte schädigen deutschen Handel mit Ostasien.

Von zuständiger Stelle wird erneut die Meldung aus Ostasien dementiert, daß ehemalige deutsche Offiziere, sogenannte Militärberater, auf chinesischer Seite an den Kämpfen bei Schanghai teilnehmen. Die Gerüchte liefen aber leider in Ostasien um und hätten bei verschiedenen Staaten, vor allem bei Japan, stark verstimmt. Von japanischer Seite sei gegen deutsche Kaufleute bereits mit Boykott gedroht worden. Teilweise seien die Drohungen bereits in die Tat umgesetzt worden.

Auslands-Rundschau.

Woroschilow an die Rote Armee.

Anläßlich des 14jährigen Bestehens der Roten Armee hat der sowjetrussische Kriegskommissar Woroschilow einen Armeebefehl veröffentlicht, in dem er besonders auf die gefährliche politische Lage hinweist. Die Rote Armee verfolge im Fernen Osten keine kriegerischen Ziele, sondern diene den Interessen des Friedens. Deshalb müsse sie wachsam sein und die Grenze schützen. Weißgardistische Elemente versuchten, einen neuen Vorstoß gegen Sowjetrußland zu unternehmen.

Aus der Umgegend

Nebra, 24. Februar.

— **In eigener Sache.** Die Wogen politischer Kämpfe gehen z. Zt. wieder recht hoch; ihre das deutsche Volk zermürbenden Gewalten werden sich in den nächsten Wochen noch steigern trotz der Versicherung, daß der bevorstehende Wahlkampf ritterlich ausgefochten werden soll. Die Stellung, die der Lokalpresse dabei zugemutet wird, ist von der Art, wie man sie dem sog. „Mädchen für Alles" zuweist. Da die Lokalzeitung schließlich auch nicht jedem einzelnen Leser nach Wunsch Berichte bringen kann, wird sie obendrein als der Prügeljunge angesehen, auf dem man nach Belieben herumhacken darf. In letzter Zeit ist das mehrmals nicht nur hier, sondern auch anderwärts der Fall gewesen. Sogar Leute, die nicht einmal dem Leserkreis der Zeitung angehören, halten sich für berechtigt, Kritik zu üben am Inhalt der Lokalpresse, obwohl sie nicht im mindesten befähigt sind, einen Bericht von nur wenigen Zeilen selbst abzufassen. All dies hat den Verein Deutscher Zeitungsverleger veranlaßt, seinen Mitgliedern, soweit sie nicht direkt eine Parteizeitung vertreten, tunlichst Einschränkung in der Berichterstattung über politische Versammlungen sowohl vor wie nach der Versammlung anzuempfehlen und die verschiedenen Parteien auf die Benutzung des neutralen Anzeigenteils zu verweisen. Die Lokalzeitung muß in politischer Richtung neutral sein, der Herausgeber muß sein eigenes politisches Gewissen zurückstellen sich befleißigen, denn die Aufgabe der Heimatpresse ist es, den Parteizank, soweit er undeutsch ist, zu beschwichtigen, anstatt ihn zu begünstigen. Unserer Devise: „Für Förderung der Liebe zur Heimat und des Ständefriedens alles — für Schürung des Parteikampfes nichts", werden wir auch in den bevorstehenden Wahlkämpfen treu bleiben.

Die Schriftleitung.

— **Zur Baumpflege.** Wir weisen noch einmal auf den im Obst- und Gartenbauverein heute nachm. 3 Uhr (Donnerstag) im Saale des „Preuß. Hof" stattfindenden Film- und Lichtbildervortrag hin. Für jeden Gartenbesitzer wird all das, was der Vortragende zu sagen und zu zeigen hat, äußerst lehrreich sein.

— **Heimatdienst.** Bekanntlich soll noch in diesem Jahre das von Lauchaer Heimatfreunden, vornehmlich des Herrn Bürgermeisters Lubkoll, für Laucha angestrebte Glockenmuseum seine Verwirklichung erfahren. Um das Interesse für dieses in seiner Art bisher ersten Museums in weiteren Kreisen zu fördern, hat man an ein Festspiel gedacht, für das sich auch bald ein würdiger Verfasser, Herr Studienrat Blüher-Mücheln, fand. Dieses Festspiel, dem ein ebenfalls eifriger Heimatsfreund, Herr Lehrer Albrecht-Roßleben, in einer jetzt herausgegebenen Einführungsschrift einen Aufsatz widmet, liegt jetzt fertig vor, es ist auch bereits von Lauchaer Bürgern einstudiert und soll am nächsten Sonntag (28. Februar) zum erstenmal in Laucha aufgeführt werden. Um auch unsererseits das heimatliche Werk zu fördern, haben wir für unseren Leserkreis die betr. Festschrift erworben und legen sie der heutigen Ausgabe bei. Wir glauben durch die uns damit entstehende Extraausgabe die Liebe zur Heimat, die sich ja nicht nur auf einen kleinen Umkreis erstrecken darf, zu fördern und gleichzeitig unsern geschätzten Leserinnen und Lesern damit eine Freude zu bereiten.

— **Leichen geborgen.** Ueber den Verbleib der seit dem 4. Januar von Wiehe vermißten beiden jugendlichen Leute, des Schlossers Siegfried Schröder und des Hausmädchens Annemarie Schorch, schwebte bisher tiefes Dunkel. Nun ist der Schleier gehoben, die gehegten Befürchtungen, daß das Paar freiwillig den Tod gesucht und gefunden hat, haben sich leider erfüllt. Aber ist der Zufall nicht sonderbar, daß beide, die doch vermutlich in die kalte Flut zu gleicher Zeit tauchten, nach so langer Zeit an ein und demselben Tage an verschiedenen Orten gelandet werden konnten? Der Jüngling wurde an der Wendelsteiner Schleuse, das Mädchen bei Großwangen gesichtet und an Land gebracht.

— **Arbeitsmarktlage im Bezirke des Arbeitsamtes Halle.** In der ersten Hälfte des Februars setzte ein neuerliches Ansteigen der Arbeitslosenzahlen ein; konjunkturelle und saisonmäßige Momente haben hierzu in gleicher Weise beigetragen und die Arbeitslosenzahlen in fast sämtlichen Berufsgruppen in die Höhe getrieben. Auf den Eintritt kalter Witterung sind vornehmlich die Entlassungen im Baugewerbe und in der Landwirtschaft, teilweise auch im Bergbau zurückzuführen. Ein Stillstand in der Aufwärtsbewegung der Arbeitslosenzahlen ist in den Berufsgruppen „Theater und Musik" und „Gast- und Schankwirtschaft" infolge der karnevalistischen Veranstaltungen zu verzeichnen. Einige Beschäftigungsmöglichkeiten wurden durch die Schneebeseitigung geboten. In der Landwirtschaft war vor dem Eintritt des Frostes teilweise schon mit der Frühjahrsbestellung begonnen worden; außer dem Stammpersonal wurden dabei keine neuen Kräfte beschäftigt. Im Braunkohlenbergbau ist trotz des eingetretenen starken Frostes eine Entspannung der Wirtschaftslage nicht eingetreten; die Stapelbestände sind noch immer ungewöhnlich hoch. Im Kaliberaau war der Absatz unbefriedigend. Die Arbeitsmärkte für das Metallgewerbe und die chemische Industrie erfuhren durch Entlassungen weitere Belastungen. In der Papierindustrie erfolgten zur Herstellung von Karnevalartikeln einige Einstellungen von weiblichen Kräften. Die Möbelindustrie war unbefriedigend beschäftigt und nahm weitere Einzelentlassungen vor. Im Genußmittelgewerbe machte sich die gesunkene Kaufkraft in einem Rückgang des Absatzes bemerkbar. Im Baugewerbe mußte infolge Einsetzens von Frost jegliche Bautätigkeit eingestellt werden. In den Berufsgruppen „Häusliche Dienste" und „Angestellte" verursachten die Entlassungen am Monatsersten starke Zugänge an Arbeitsuchenden. Im gesamten Bezirke des Arbeitsamtes Halle erhöhte sich die Zahl der Arbeitsuchenden von 56 636 am 1.2.1932 auf 57 878 am 15.2.1932. Die Steigerung beträgt somit 2,2 v. H.; seit dem Tiefstande des Jahres 1931 am 1. Juli (39 782 Arbeitsuchende) ist sogar eine Zunahme von 45,5 v. H. eingetreten. Von den 57 878 Arbeitsuchenden wurden 34 037 vom Arbeitsamte unterstützt.

— **Kirchliches Wahlrecht.** Da im Herbst d. Js. Neuwahlen zu den kirchlichen Körperschaften stattfinden, dürfte es von Interesse sein, die wichtigsten, auf Wahlrecht und die Wahl selbst Bezug habenden Bestimmungen kennen zu lernen. Grundlage ist die Verfassungsurkunde über die Evangelische Kirche der altpreußischen Union. Im Artikel 12 heißt es: „Die Gemeindevertretung besteht aus den Mitgliedern des Gemeindekirchenrates und den Gemeindeverordneten." Artikel 14 „Die Aeltesten und Gemeindeverordneten werden durch allgemeine und geheime Wahl gewählt". Artikel 15: „Wahlberechtigt sind alle konfirmierten Gemeindeglieder, die am Wahltage mindestens 24 Jahre alt sind, zu den kirchlichen Lasten, soweit sie dazu verpflichtet sind, beitragen und wenigstens drei Monate in derselben Gemeinde wohnen." Es folgen die Bestimmungen über den Ausschluß vom Wahlrecht. (Entmündigung, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, unehrbarer Lebenswandel, Verletzung kirchlicher Pflichten.) „Das Wahlrecht ruht bei denen, die trotz Aufforderung durch den Gemeindekirchenrat ihre kirchl. Trauung oder die Taufe oder die Konfirmation ihrer Kinder verweigern oder ihren Kindern die Erziehung im evang. Bekenntnis vorenthalten," „Die Ausübung des Wahlrechts hat die Versicherung des Wählers, sein Wahlrecht im Sinne und Geist der Evang. Kirche zu ihrem Wohle ausüben zu wollen und die Eintragung in die Wählerliste zur Voraussetzung. Artikel 16: „Zu Gemeindeverordneten können alle zur Ausübung des Wahlrechtes Befugten, zu Aeltesten nur, die die gewählt werden, die das 30. Lebensjahr vollendet haben." Selbstverständlich können nur treue Mitglieder der Kirche, die sich zum göttesdienstlichen Leben bekennen und die das Vertrauen ihrer Wähler haben, gewählt werden. Die Wahlen finden alle 4 Jahre statt. Rechtzeitig vor Beginn der Wahlzeit werden die nötigen Aufforderungen bekanntgegeben.

— **Bullenprämiierung.** Bei der im Jahre 1931 stattgehabten Bullenkörung sind auf Vorschlag des Bullenkörarmts die zur Zucht besonders geeigneten Bullen prämiiert worden. Dabei erhielten einen Preis von je 50 RM. für die ihnen gehörenden Bullen der Gutsbesitzer Karl Hecker in Bottendorf und Frau Gutsbesitzerin Böge in Carsdorf.

— **Prämiiert.** Mit der im Jahre 1931 abgehaltenen Ziegenbockkörung war auch eine Prämiierung der zur [illegible] besonders geeigneten Böcke verbunden. Hierbei hat der [illegible] der Gemeinde Roßleben, weißfarbig, ½ Jahr alt, mit 80 Punkten eine Prämie von 20 RM. sich erstritten. — Seh'n Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein . . .

— **Rotkreuztag 1932.** Der Rotkreuztag, der in jedem Jahre von den deutschen Rotkreuzvereinen zur Geltung des Wirkens und der hohen Idee des Roten Kreuzes einheitlich im ganzen Reich veranstaltet wird, findet in diesem Jahre am Sonntag, den 12. Juni, statt. Mit dem Rotkreuztag ist eine öffentliche Sammlung für die humanitären Einrichtungen des Deutschen Roten Kreuzes verbunden. Das Rote Kreuz zählt in Deutschland gegenwärtig insgesamt rund 8000 Organisationen mit über 1 430 000 Mitgliedern. Die Zahl seiner Anstalten, Heilstätten, Krankenpflegestationen, Heime, Kindergärten, Fürsorgestellen und ständigen Rettungswachen beträgt über 8000.

Heygendorf. Vor einiger Zeit wurde in der Kiesgrube bei Etzedorf ein neugeborenes Kind tot aufgefunden Als Mutter des Kindes ist jetzt ein 17jähriges Mädchen von hier ermittelt worden. Die Untersuchung der Kinderleiche hat ergeben, daß das Kind nach der Geburt gelebt hat.

Oberheldrungen. Die Bewirtschaftung der hiesigen Gemeindeschenke übernimmt vom 1. April ab ein Herr Richard Hempel aus Wippra, dessen Pachtgebot 2500 RM. betrug.

Oberheldrungen, 22 Febr. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich heute vormittag im Walde unweit der Donndorfer Grenze. Der ehemalige, 49 Jahre alte Bergarbeiter Karl Grimmer II von hier war mit seinem Sohn damit beschäftigt, sein von der Wertherschen Forstverwaltung erhaltenes Brennholz abzufahren. Dem sonst des Fahrens nicht unkundigen Manne gingen die Pferde durch, er ist dabei hingefallen und der vollbeladene Wagen fuhr über ihn hinweg. G. ist sofort verschieden.

Rastenberg. Ueber das Vermögen der Firma Rasta Wafelfabrik, Inh. Fr. Schmiedehausen in Rastenberg, wurde am 19. Februar 1932, vormittags 11.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Kaufmann Arno Schmidt in Weimar, Jakobstraße 6, wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 3. März 1932 bei dem Gerichte anzumelden.

Mücheln. Bei einer kürzlich im Schützenhaus stattgefundenen Versammlung wurde einem der Beteiligten sein Pelz, im Werte von ca. 250 RM., gestohlen. Der Besitzer hatte versäumt, seine Sachen in der Garderobe abzugeben und sie in dem kleinen Saal aufgehängt. So muß der Eigentümer des Pelzes für seinen Schaden allein aufkommen. — In voriger Woche wurde ein in einem Gebäude am Markt stehendes gebrauchtes Herrenfahrrad gestohlen. Der Besitzer hatte es am Abend in einem Raume untergestellt, am nächsten Morgen war es fort. — Bereits in der vorigen Woche verschwand in einem Lokal in Gehüfte ein neues Rad (Renner). — In Rittergut Eptingen wurden am Freitagabend 100 Lohnbeutel mit zusammen über 1000 RM. Inhalt, gestohlen. Das Geld befand sich im Aktenschrank des Kontors.

Bad Lauchstädt. Ein schon bejahrter kaufmännischer Angestellter von hier, der sich allgemeiner Achtung erfreute, verschwand vor einiger Zeit aus Bad Lauchstädt, gleichzeitig auch die Frau eines Gastwirtes. Der Mann wurde jetzt erschossen aufgefunden. Über den Verbleib der Frau ist noch nichts bekannt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320225-10/fragment/page=0002

Sangerhausen. Wie der „Th. K." von beteiligter Seite mitgeteilt wird, führt die Maschinenfabrik Sangerhausen A.-G. zur Zeit Verhandlungen über verschiedene größere Auslandsaufträge, und es besteht begründete Aussicht, daß diese zum Abschluß führen werden.

Sangerhausen, 23 Febr. Heute vormittag zwischen 9 und 10 Uhr wurde bemerkt, daß dichte Rauchwolken dem Dachstuhl der Schule in der Borngasse entstiegen. Die sogleich alarmierte Feuerwehr rückte in kürzester Frist mit der Motorspritze und sonstigen Lösch- und Rettungsgeräten an und begann den Kampf gegen den Brand von innen und außen des Grundstücks. Die Schulkinder hatten inzwischen in vollster Ordnung das Grundstück verlassen. Der Dachstuhl des Gebäudes ist vollkommen abgebrannt, auch sonst haben die Flammen und auch die ins Grundstück geworfenen riesigen Wassermassen einen erheblichen Schaden am Mauerwerk angerichtet.

Erfurt. Der Herausgeber des in Erfurt erscheinenden „Echo Germania", Schmalix, wurde wegen fortgesetzter übler Nachrede und wegen Beleidigung zu einer Gesamtstrafe von vier Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Schmalix hatte in seinem Sensationsblatt „aufsehenerregende Enthüllungen über die Seminar- und Haushaltungsschule in der Leipziger Straße" gemacht und in den betreffenden Artikeln von unerlaubten Beziehungen gesprochen, durch die der Direktor Ehringhaus und fünf Lehrerinnen dieser Schule kompromittiert werden sollten.

Mühlhausen (Thür.). Das Gebäude der Lederfabrik Aemilius ist durch Großfeuer fast völlig zerstört worden. Der Schaden ist beträchtlich.

Merseburg. Ein interessantes Vorkommnis aus dem Tierreich ist aus Lochau zu berichten. Dort wurde in der weißen Elster ein Kampf zwischen einer Ente und einem 40 Ztm. langen Aal beobachtet. Die Ente, die Appetit auf einen lekeren Aal hatte und ihn zu verschlingen versuchte, kam an die falsche Adresse. Der Schlanke Aal schlängelte seinen Leib um den Hals der Ente und zog sich so fest zusammen, daß diese bald kein Lebenszeichen von sich gab. Dann tauchte der Fisch in den Fluten unter.

Trebnitz (Kr. Weißenfels). Auf dem Wege zur Arbeitsstätte wurde ein hiesiger Bergmann von zwei Radfahrern überfallen und mit seinem eigenen Krückstock niedergeschlagen. Mehrere Arbeiter fanden ihn in einer großen Blutlache liegend auf und brachten ihn zum Landjäger, der seine sofortige Überführung ins Krankenhaus anordnete. Die Täter sind nach ihrer Tat unerkannt entkommen. Die Gründe zu der rohen Tat sind unbekannt.

Halle. Bei der letzten Ziehung der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie fielen zwei Gewinne von je 50 000 Mark auf die Losnummer 247 348 nach Halle.

Halle. Der 19jährige Handlungsgehilfe Hans Theil wurde in der Sonntagnacht in der Kleinen Klausstraße mit einem Lungenstich schwer verletzt aufgefunden und dem Elisabethkrankenhaus zugeführt, wo er zur Zeit noch nicht vernehmungsfähig darniederliegt. Theil ist Stahlhelmmitglied.

Zeitz. Das Kultusministerium hatte dem Magistrat vorgeschlagen, die beiden höheren Knabenschulen in Zeitz, das Stiftsgymnasium und die Oberrealschule, zusammenzulegen. Der Magistrat lehnte dies ab. Das Ministerium hat daraufhin die Auflösung des Stiftsgymnasiums angeordnet. Der Abbau beginnt zu Ostern mit dem Wegfall der Sexta.

Zeitz. Karambolage auf der Landstraße. — Auf der Provinzstraße in Dorfage Draschwitz wurde ein mit zwei Schweinen beladenes Zeitzer Fleischerfuhrwerk von einem Lastkraftwagen beim Überholen gestreift und zur Seite geschleudert. Der Kraftwagenführer verlor die Gewalt über das Steuer, das Auto fuhr, den Viehwagen vor sich her drückend, in den Straßengraben und begrub Pferd und Wagen unter sich. Das Pferd wurde derart zugerichtet, daß es abgestochen werden mußte. Der Geschirrführer flog in großem Bogen vom Bock und entging dadurch dem Zerquetschungstode. Mit erheblichen Verletzungen mußte der Verunglückte dem Zeitzer Krankenhaus zugeführt werden.

Roitzsch (Kr. Bitterfeld). Todessturz vom Tisch. Das zweijährige Kind der Familie R. stürzte in einem unbewachten Augenblick vom Tisch. Es zog sich dabei so schwere Verletzungen zu, daß es einige Stunden später starb.

Gräfenhainichen. Der etwa 50 Jahre alte Bäckermeister T. brachte sich auf dem Hausboden seines Grundstücks mit einem Teschin mehrere Schußverletzungen bei. In besinnungslosem Zustande wurde er in das Bitterfelder Kreiskrankenhaus gebracht. Sein Zustand ist ernst. Wie es heißt, soll T. die Tat in einem Anfall geistiger Umnachtung begangen haben.

Greppin. Vor dem Bezirksausschuß Merseburg stand Termin an über den Weiterbetrieb der Hypochlorit-Fabrik der J. G. Farben-Industrie auf Wert „Elektron-Nord". Die Einwohner Greppins erhoben Einspruch gegen die Weiterführung dieses Versuchsbetriebes wegen der daraus erwachsenden Belästigungen. Der Bezirksausschuß hat die Erteilung der Konzession abgelehnt.

Güsten (Anhalt). Bei der Beratung eines nationalsozialistischen Antrages auf Herabsetzung der Bürgersteuer nahm der Gemeinderat einen Antrag des Stadtverordneten Köppner an, alle Einkommen unter 3000 Mark von der Bürgersteuer frei zu lassen.

Bernburg. Der Gemeinderat nahm nach langer Debatte über die Bürgersteuer einen kommunistischen Antrag an, Einkommen, die 3000 Mark nicht übersteigen, von der Bürgersteuer zu befreien. Ferner fand ein sozialdemokratischer Antrag Annahme, eine Grundgebühr für Mindestverbrauch von Gas nicht mehr zu erheben.

Schönebeck-Bad Salzelmen. Im Verlaufe der Verhandlung des Eickendorfer Landfriedensbruchprozesses kommt es immer wieder zu Reibereien zwischen den beiderseitigen Verteidigern. Es wird dem Gericht recht schwer gemacht, die Vorkommnisse in Eickendorf klarzustellen. Es ist deshalb zu befürchten, daß der Prozeß im Laufe dieser Woche noch nicht zu Ende geführt werden kann. Donnerstag und Freitag sollen sitzungsfrei bleiben. Für Sonnabend wird die Stellung der Strafanträge erwartet. Das Urteil dürfte also erst in der nächsten Woche gefällt werden.

Eilenburg. Ein gewalttätiger „Liebhaber". Ein erst am vorigen Donnerstag wegen Unterschlagung abgeurteilter Händler versuchte, die Beziehungen zu seiner im städtischen Pflegeheim untergebrachten früheren Geliebten, die er um ihr ganzes Hab und Gut gebracht hat, wieder aufzunehmen. Aus Wut darüber, daß er auf keine Gegenliebe stieß, schlug er mehrere Fensterscheiben des Heims ein. Die Folge war, daß er erneut ins Gefängnis wandern mußte.

Beim Nachfüllen von MAGGI's Würze verlangen Sie von Ihrem Händler auch MAGGI-Gutscheine!
Auch auf andere MAGGI-Erzeugnisse, wie MAGGI's Suppen und MAGGI's Fleischbrühwürfel, gibt es Gutscheine

Neues aus aller Welt.

Zuchthaus wegen Raubüberfalles. Das Schöffengericht in Berlin-Schöneberg verurteilte eine dreiköpfige Verbrecherbande, die im Dezember vorigen Jahres auf das Juweliergeschäft von Rudolf Brodowsky in Berlin-Tempelhof einen schweren Raubüberfall verübt hatte. Der Anführer der Bande, Werblow, wurde wegen schweren Raubes, Rückfallsdiebstahls und unbefugten Waffenbesitzes zu 5 Jahren 9 Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Das Gericht erkannte weiterhin auf Stellung unter Polizeiaufsicht. Die Mittäter, und zwar der 21jährige Arbeiter Erwin Sasse, wurden zu fünf Jahren drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, der 26jährige Chauffeur Otto Wendt zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Schwere Zuchthausstrafen für Wilderer. Wegen versuchten Totschlages und verschiedener anderer Vergehen verurteilte das Magdeburger Schwurgericht die Arbeiter Zimmermann und Bläsing zu einer Strafe von sechs Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Arbeiter Braumann wird zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — Die Angeklagten hatten beim Wildern in der Ottersleberer Jagdflur den Jagdaufseher Schache und den Vorarbeiter Freidank durch Schüsse schwer verletzt.

Zwei Todesfälle bei den Trauerfeierlichkeiten in Dresden. Infolge des starken Andrangs sind bei den Trauerfeierlichkeiten in Dresden für den König von Sachsen Hunderte von Personen ohnmächtig geworden. Zwei Frauen, die von Samaritern ohnmächtig fortgeschafft worden waren, sind später einem Herzschlag erlegen.

Aufsehenerregende Verhaftung. In Göttingen erregte die Verhaftung des Haupinhabers der vor einigen Jahren in Konkurs gegangenen Getreidehandlung William Günter, des Kaufmannes William Günter, der in dem dringenden Verdacht steht, unlautere Wechselgeschäfte getätigt zu haben, durch die zahlreiche Landwirte in Mitleidenschaft gezogen worden sind, großes Aufsehen. Die Verhaftung findet um so größere Beachtung, als die Firma William Günter über 30 Jahre bestand und ihr allgemeines Vertrauen entgegengebracht wurde. Während des Krieges war ihm die gesamte Mehlversorgung der Stadt Göttingen übertragen.

Stiftung zur Schlohbrand-Hilfe. Im Hinblick auf ihre seit Jahrzehnten bestehenden guten geschäftlichen Beziehungen zum Lande Württemberg haben die Wanderverwerke in Chemnitz dem württembergischen Staatsministerium zur Stuttgarter Schloßbrandhilfe 4000 RM zugehen lassen.

Hofbesitzer erschossen. Aus noch nicht geklärtem Grunde hat der Geschäftsführer des Hannoverschen Kleinbauern- und Landtlandbundes in Winsen a. d. Luhe, Kurt Gellert, den Landbundangehörigen Hofbesitzer Artur Wiegels aus Dönne erschossen. Gellert hat sich bereits der Harburger Polizei gestellt. Gellert versichert, daß er von Wiegels angegriffen worden sei und in schwerster Notwehr zur Waffe gegriffen habe.

Nationalsozialistisches Verkehrslokal geschlossen. Durch Angehörige der NSDAP. sind in Altona in der letzten Zeit wiederholt Ueberfälle auf politisch Andersdenkende verübt worden, wobei es auf Seiten der NSDAP-Mitglieder ständig zu Gewalttaten gekommen ist. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß die in der Erzbergerstraße 19 gelegene Schankwirtschaft Mitgliedern der NSDAP. als Sammelpunkt zur Begehung dieser Ueberfälle und Gewalttätigkeiten gedient hat. Auf Grund der Notverordnung hat der Polizeipräsident von Altona-Wandsbek die Schankwirtschaft wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Vermeidung der Gefahr der Wiederholung von Friedensstörungen für die Zeit vom 23. Februar bis einschließlich 1. März geschlossen. Von nationalsozialistischer Seite wird mitgeteilt, daß von politischen Gegnern der Versuch gemacht worden sei, das fragliche Lokal in der Erzbergerstraße zu stürmen. Diese Versuche seien jedoch von Nationalsozialisten abgewehrt worden.

Brandstiftung auf einem Rittergut. Von einem auf Brandstiftung zurückzuführenden Schadenfeuer wurde das Rittergut Miltel bei Bautzen, durch sein wundervolles Wasserschloß weit über Sachsens Grenzen hinaus bekannt, heimgesucht. Die gesamte Ostseite des Schlosses ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Die gefüllten Scheunen, der Pferdestall und der Wagenschuppen sowie die landwirtschaftlichen Maschinen fielen den Flammen zum Opfer.

Ueberfall auf 70jährigen Landwirt. Ein 70jähriger Landwirt wurde in Merkstein auf dem Nachhausewege von einem bisher unbekannten Täter überfallen und zu Boden geschlagen. Trotz seiner schweren Verletzungen konnte der alte Mann sich noch ein Stück weiterschleppen, wo er von zwei heimkehrenden Bergleuten in seinem Blute gefunden wurde. Er hat einen schweren Schädelbruch und einen Armbruch erlitten und liegt in lebensgefährlichem Zustande im Krankenhaus. Ein Raubüberfall scheint nicht vorzuliegen, da keine Wertgegenstände geraubt wurden.

Marineluftschiff „Akron" leicht beschädigt. Von einer Vertikalboe wurde das neue amerikanische Marineluftschiff „Akron", als es aus der Halle in Lakehurst zum Anker-mast geschleppt wurde, erfaßt und an den Stabilisierungsflächen leicht beschädigt. Außerdem wurde die Hülle aufgerissen. Zwei Leute der Haltemannschaft wurden leicht verletzt. Das Luftschiff sollte mit Kongreßmitgliedern, die einem Ausschuß zur Untersuchung der Brauchbarkeit des Luftschiffes angehörten, eine Fahrt unternehmen.

Achtung, falsche Zehnmarkscheine!
Falschmünzerwerkstatt ausgehoben.

Naumburg. Die hallesche Kriminalpolizei verhaftete in Zusammenarbeit mit der Landeskriminalpolizei in Weimar einen 29 Jahre alten Kaufmann, der gerade in Begriff war, den Hauptbahnhof in Weimar zu verlassen. Bei dem Verhafteten wurden 140 falsche Zehnmarkscheine gefunden. Die Nachforschungen nach dem Ursprungsort der falschen Scheine führten nach Naumburg. Hier wurde eine modern eingerichtete Fälscherwerkstatt ausgehoben. Der Besitzer der Werkstatt, ein 29jähriger Buchdrucker, wurde festgenommen und dem Gericht zugeführt. Nach seinem Geständnis sind bereits eine ganze Reihe dieser falschen Scheine in verschiedenen Städten Mitteldeutschlands abgesetzt worden. Die Falschscheine, deren Rückseite nicht besonders gut gelungen ist, tragen auf der Vorderseite mit roter Farbe die Nummer F 15 051 840 und auf der Rückseite in brauner Farbe die Nummer F 11 890 451.

Munitionsfund an der Hafenbahn.

Halle. Am rechten Saaleufer oberhalb der Hafenbahnbrücke beschlagnahmte die Polizei einen größeren Munitionsfund. Es handelt sich um 120 Schuß Pistolenmunition, 261 Gewehrpatronen der Modelle 98, 88 und 71 sowie eine ganze Anzahl Leuchtkugeln. Die Munition dürfte erst vor kurzer Zeit an die Fundstelle gebracht worden sein. Die Polizei hat sofort eine Untersuchung eingeleitet.

Kombinationen zum Mordfall Bauer.

Halle. In der halleschen Presse tauchte in den letzten Tagen eine Meldung auf, nach der im Mordfall Bauer, der vor nunmehr über zwei Jahren die Öffentlichkeit stark beschäftigte, sich ein neues Verdachtsmoment ergeben habe. Die Nachricht stützte sich in der Hauptsache auf Äußerungen eines Schlossers T., dessen Frau Beziehungen zu mehreren anderen Männern unterhalten haben soll, darunter auch zu dem ermordeten Geschäftsführer Bauer vom Trothaer Hafen.

Die Justizpressestelle teilt hierzu und insbesondere zu dem der Untersuchungsbehörde gemachten Vorwurf, schwerwiegende Verdachtsgründe nicht ernsthaft verfolgt zu haben, mit, daß die in den Zeitungsartikeln gebrachten Tatsachen und insbesondere die Angaben des Schlossers T. der Polizei, der Staatsanwaltschaft und dem Untersuchungsrichter längst bekannt seien. Die Vernehmungen des T. hätten bereits am 7. Mai 1931 begonnen. Die Vernehmungen führten zu dem Ergebnis, daß T. seine früheren Angaben vor dem Untersuchungsrichter am 7. Dezember 1931 zurückgenommen und als lediglich auf Vermutungen und Klatsch beruhend bezeichnet habe. Aus seinem Tagebuch ergibt sich ferner, daß seine Frau in der Mordnacht zu Hause gewesen ist.

Frauenmord.

Eilenburg. Auf der Landstraße zwischen Hohen-Ahlsdorf und Welsickendorf bei Jüterbog wurde gestern morgen die seit drei Jahren in Jüterbog beschäftigte, aus Eilenburg stammende Hausangestellte Erna Mainald, völlig unbekleidet, tot aufgefunden. In der Nähe der Leiche fand man die Kleider und etwas weiter entfernt ein Damenfahrrad, das anscheinend der Toten gehörte.

Als Mörder ist der 22jährige Melker Jährig ermittelt und verhaftet worden.

Eine „Schicksalsgemeinschaft des anhaltischen Landvolkes".

Köthen. Der erweiterte Vorstand des Landbundes Anhalt beschäftigte sich in einer in Köthen abgehaltenen Versammlung mit der Bildung einer Schicksalsgemeinschaft des anhaltischen Landvolkes.

Alle Mitglieder und alle Handwerker und Gewerbetreibenden auf dem Lande sollen eine Verpflichtung unterschreiben, in der sie versprechen, ihren Betrieb weder zu verschleudern, noch auszubeuten, noch weiter zu verschulden und keinen Pfennig mehr zu leisten, dessen Zahlung die ordnungsmäßige Wirtschaftsführung und damit die Ernte 1932 gefährdet sowie jeden zu ächten, der sich außerhalb der Reihen der Schicksalsgemeinschaft stellt und jeden, der sich aus der Not des Landvolkes Vorteile zu verschaffen sucht.

Spiel und Sport.

Nebraer Sportvereinigung 1924.

Tabelle der II. Klasse (Unstrutbezirk).

Vereine	Spiele	gewonnen	unentsch.	verloren	Tore für	Tore gegen	Punkte +	Punkte —
Nebra I	15	11	2	2	58	14	24	6
Roßleben I	14	11	1	2	61	13	23	5
Laucha I	12	8	2	2	28	9	18	6
Kirchscheidungen I	15	8	2	5	51	32	18	12
Roßleben II	13	6	2	5	30	36	14	12
Freyburg I	13	5	1	7	39	28	11	15
Bottendorf I	15	5	1	9	26	45	11	19
Weißenschirmbach I	13	2	—	11	7	37	4	22
Gleina I	14	—	1	13	12	99	1	27

Nachstehend bringen wir die deutsche Fußballelf, die am 6. März in Leipzig gegen die Schweiz antreten wird:

Kreß
Schütz Stubb
Gramlich Leinberger Knöpfle
Langenbein Rutz Kuzorra R. Hoffmann Kobierski

Treibt Leibesübungen!

Die Preußische Hochschule für Leibesübungen, die alte Landesturnanstalt in Spandau, soll nach der Notverordnung geschlossen werden, geschlossen für immer. Von den rund 800 Lehrern, die in den letzten fünf Jahren hier ausgebildet wurden, sind 700 an der Volksschule tätig und legen hier den Grund für die spätere Betätigung und Ertüchtigung unseres Volkes in den Turn- und Sportvereinen.

Die Schließung der Spandauer Hochschule — für immer! — bedeutet eine Schädigung der Volksschule, der Leibesübungen. Alle an Leibesübungen interessierten Kreise, vom Grundschullehrer bis zum Ehrenmitglied im Turnverein, können und müssen verlangen, daß es ein Reichs- oder Landesamt für Leibesübungen gibt.

Extra-Beilage. Der heutigen Ausgabe des Anzeigers liegt ein Werbeblatt für die Holsteinische Delikateß-Eigelb-Margarine, Marke: „Echte Holsteiner mit der Kuh", bei. Diese trustfreie Margarine führt in Nebra die Firma Heinrich Berlet, bei der man auch die vielerlei Zugabeartikel erhält.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320225-10/fragment/page=0003

Trauertage in Dresden.

Die Feier in der Hofkirche.

Dresden, 24 Februar.

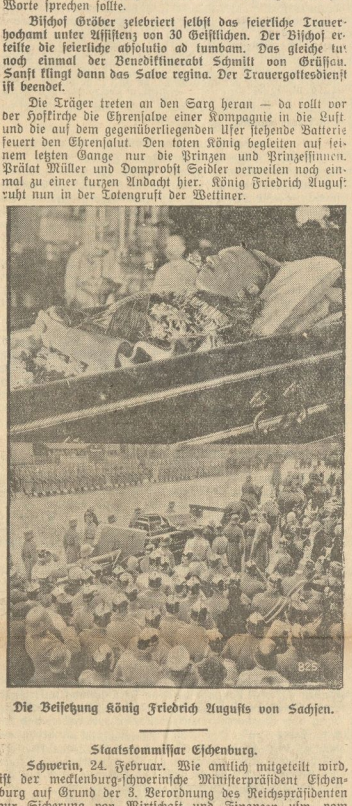
Feierliches Trauergeläute vom Turm der Hofkirche kündet den Beginn des Trauergottesdienstes. Unbeweglich stehen zu beiden Seiten des Sarges sechs Stabsoffiziere. Der Sarg ist geschlossen, bedeckt wiederum von der Hausflagge der Wettiner, auf der Helm, Degen und Marschallstab liegen. Zu Häupten des Sarges schimmern Krone und Szepter.

Am Altar beginnt der Gottesdienst.

Nach dem Evangelium betritt Prälat Franz Müller die Kanzel. Es war der Wunsch des toten Königs, daß der Prälat, sein langjähriger Beichtvater, die letzten kurzen Worte sprechen sollte.

Bischof Gröber zelebriert selbst das feierliche Trauerhochamt unter Assistenz von 30 Geistlichen. Der Bischof erteilte die feierliche absolutio ad tumbam. Das gleiche tut noch einmal der Benediktinerabt Schmitt von Grüssau. Sanft klingt dann das Salve regina. Der Trauergottesdienst ist beendet.

Die Träger treten an den Sarg heran — da rollt vor der Hofkirche die Ehrensalve einer Kompagnie in die Luft und die auf dem gegenüberliegenden Ufer stehende Batterie feuert den Ehrensalut. Den toten König begleiten auf seinem letzten Gange nur die Prinzen und Prinzessinnen. Prälat Müller und Domprobst Seidler verweilen noch einmal zu einer kurzen Andacht hier. König Friedrich August ruht nun in der Totengruft der Wettiner.



Die Beisetzung König Friedrich Augusts von Sachsen.

Staatskommissar Eschenburg.

Schwerin, 24. Februar. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist der mecklenburg-schwerinsche Ministerpräsident Eschenburg auf Grund der 3. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen usw. vom 6. Oktober 1931 zum Staatskommissar für landwirtschaftliche Siedlung bestellt.

Reichskraftpost und Preissenkung.

Auf einer Postwirtschaftstagung der Oberpostdirektion Erfurt wurde mitgeteilt, daß eine allgemeine Senkung der Regelfahrpreissätze auf den Kraftpostlinien des Reichspostgebietes, wie auch der Reichspostminister zum Ausdruck gebracht habe, nach der derzeitigen Gesamtlage des Kraftpostbetriebes nicht in Frage komme.

Dagegen prüft die Oberpostdirektion, ob das Personengeld auf der einen oder anderen Linie des Erfurter Bezirks ermäßigt werden kann. Außerdem wird die Oberpostdirektion in nächster Zeit ihren Tarif für das mit den Kraftposten beförderte Reisegepäck und solche Poststücke herabsetzen, die der Postkunde, ohne daß er gleichzeitig die Kraftpost benutzt, mit ihr befördern läßt.

Ob und in welchen Einzelfällen Vielbenutzern der Kraftposten noch gewisse Erleichterungen im Fahrpreis gewährt werden können, wird von den zuständigen Dienststellen der Deutschen Reichspost zur Zeit geprüft.

Zwangsvollstreckung in der Landwirtschaft

Ergänzungs-Verordnung des Reichspräsidenten.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Ergänzung der Vorschriften über die Zwangsvollstreckung bei landwirtschaftlichen Betrieben und über das Sicherungsverfahren vom 19. Februar 1932 besagt u. a.:

Bei Arbeitnehmern in landwirtschaftlichen Betrieben, die Naturalvergütungen erhalten, sind die ihnen als Vergütung gelieferten Naturalien sowie das davon ernährte Vieh unpfändbar.

§ 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Frühjahrsdüngung und Saatgutversorgung vom 23. Januar 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 32) erhält folgende Fassung:

„Die sich aus den Vorschriften der §§ 1 bis 4 ergebenden Rechte können nicht geltend gemacht werden, solange über einen Betrieb das Sicherungsverfahren nach der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet vom 17. November 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 675) schwebt.“

Hat der Inhaber eines Betriebes, über den das Sicherungsverfahren nach der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet vom 17. November 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 675) eröffnet ist, mit Zustimmung des Treuhänders Düngemittel, Saatgut oder Futtermittel beschafft die im Rahmen der bisherigen Wirtschaftsweise zur ordnungsmäßigen Aufrechterhaltung des Betriebes benötigt werden, so haben Ansprüche aus diesen Lieferungen im Falle der Aufhebung des Sicherungsverfahrens den in § 10 Abs. 1 Nr. 1 des Zwangsversteigerungsgesetzes bezeichneten Rang. Das gleiche gilt von Krediten, die zur Bezahlung dieser Lieferungen in der für derartige Geschäfte üblichen Weise aufgenommen sind.

Hatte die Eröffnung des Sicherungsverfahrens die Aufhebung einer Zwangsverwaltung zur Folge, so haben die Ansprüche, die in dem aufgehobenen Verfahren nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 des Zwangsversteigerungsgesetzes bevorrechtigt waren, das gleiche Vorrecht bei einer Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung, die innerhalb von drei Monaten nach Aufhebung des Sicherungsverfahrens beantragt wird.

Ist über einen auf Grund der alten Ostpreußenhilfe 1927/28 des Gesetzes über wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen vom 18. Mai 1929 oder der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 umgeschuldeten Betrieb die Zwangsversteigerung angeordnet, so ist der Antrag auf Eröffnung des Sicherungsverfahrens unzulässig.

Die Lage des Landwirts.

Ehe der Landwirt zur Frühjahrssaat schreitet interessieren ihn ganz besonders die zukünftigen Getreidepreise, da er seinen Wirtschaftsplan danach einstellt. Ob nun der Roggen oder der Weizen sich im Preise besser stellen wird, oder ob die Braugerste vielleicht durch Herabsetzung der Biersteuer bessere Preise für die Gerste zahlen wird, und wie die Haferpreise auszufallen, läßt sich natürlich nicht vorher bestimmen. Aber eins wird wohl sicher sein, daß die deutsche Wirtschaft nicht mehr in der Lage sein wird, die überaus großen, vorjährigen Getreideeinfuhren im bisherigen Umfange fortzusetzen. Deutschland ist ein 60 Millionen-Volk und wird sich in Zukunft fast ausschließlich aus der einheimischen Erzeugung ernähren müssen. Daher werden m. E. die Getreidepreise für der Landwirt auch durch Maßnahmen der Regierung so beeinflußt werden, daß der Landwirt eine Rente für seine schwere Arbeit haben wird. Der Landwirt sollte in seinem eigenen sowie im volkswirtschaftlichen Interesse seine Wirtschaftsführung auf die Sicherstellung einer möglichst hohen und qualitativ einwandfreien Ernte einstellen auch deshalb, weil die auf der Wirtschaft feststehenden Lasten aufzubringen sind. Bei dem Anbau von erprobten Sorten ist die verstärkte Anwendung des billigsten Produktionsmittels Stickstoff unentbehrlich und die Düngung ausschlaggebend für Ertrag und Güte der Ernte. Neben Kali und Phosphorsäure die ebenfalls rechtzeitig wie die Stickstoffdünger anzuwenden sind ist es je nach der Bodenreaktion für die Winterhalmfrüchte vorteilhaft pro Hektar 2—300 kg des altbewährten schwefelsauren Ammoniaks, oder, wo die besondere Zuführung von Kalk gleichzeitig erwünscht ist, von Kalkammon vor Erwachen der Vegetation als Kopfdünger zu geben. Aber desgleichen ist, wie durch Versuche festgestellt wurde, anzuraten, auch den Sommergersten schon jetzt auf die rauhe Furche die Düngung zu geben, da eine Auswaschung des Schwefel. Ammoniaks sowie des Kalkammons nicht eintritt, und die jungen Kulturpflanzen bereits im jungen Stadium die Nährstoffe vorfinden müssen. Die Anwendung von Kalkammon für Gerste hat sich besonders bewährt. Zu Sommerwetzen gibt der Landwirt gerne Ammonsulfatsalpeter (Leuna-Montan), der außer 1/3 Ammoniak-Stickstoff 1/3 schnellwirkenden Salpeter-Stickstoff enthält und auch noch kurz vor der Saat mit den Bestellungsarbeiten gegeben werden kann. **Diplomlandwirt Behrend.**

Worte George Washingtons.

Zum 200. Geburtstag des amerikanischen Nationalhelden.

Die Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika ist an den alten Kulturstaaten gemessen sehr jung. Großartig wie die Entwicklung dieses Staatenbundes bis zur Gegenwart ist auch der Auftakt, der in der Person des ersten Präsidenten von USA., George Washington, seinen edelsten Ausdruck gefunden hat. George Washington ist der Held der amerikanischen Unabhängigkeitskriege, der geehrte Begründer des Staates, vergöttert bis in die Gegenwart. Wenn ein Schiff auf dem Potomac vorbeifährt, wo Washington auf seinem Landgut im Staate Virginia beigesetzt ist, dann grüßt es noch heute durch Senken der Flagge den gefeiertsten Helden Amerikas. Amerika wird in riesigen Feiern am 22. Februar den Geburtstag Washingtons begehen, der an diesem Tage im Jahre 1732 in Bridge's Creek das Licht der Welt erblickte. Es wird auch der Abschiedsbotschaft seines ersten Präsidenten gedenken, in der er eine dritte Präsidentschaftskandidatur ablehnte und damit die Sitte begründete, daß kein Präsident mehr als zweimal kandidieren dürfe. Wir bringen hier aus seiner Abschiedsbotschaft einige Worte, die auch heute noch Beachtung verdienen.

*

Ich habe euch bereits bekanntgemacht mit der Gefahr, die die Parteien für den Staat bedeuten unter besonderem Hinweis ihrer Begründung auf geographischen Unterscheidungen. — Laßt euch hier in weitgreifendster Weise auf das eindrücklichste vor den verderblichen Wirkungen des Parteigeistes warnen.

*

Es ist mein Grundsatz, daß Ehrenhaftigkeit immer die beste Politik ist, und zwar ebenso bei öffentlichen als bei privaten Angelegenheiten.

*

Religion und Moral sind unentbehrliche Stützen für alle die Anlagen und Gewohnheiten, die politisches Wohlergehen zur Folge haben. Vergebens wird der Mann einen Anspruch auf Patriotismus erheben können, der daran arbeitet, die großen Säulen menschlichen Glückes, diese festesten Stützen der Menschen- und Bürgerpflichten umzustürzen.

*

Fördert als eine sehr wichtige Quelle der Kraft und Sicherheit den öffentlichen Kredit! — Eine Art, diesen zu erhalten, besteht darin, ihn so sparsam wie möglich zu gebrauchen, vermeidet Gelegenheiten zu Ausgaben dadurch, daß ihr den Frieden pflegt, aber bedenkt dabei auch, daß rechtzeitige Ausgaben für Rüstung gegen Gefahren viel größere Ausgaben verhüten, als nötig sind, um sie abzuwehren. Vermeidet ebenso die Anhäufung von Schulden, nicht allein durch Umgehung von Gelegenheiten zum Ausgeben, sondern durch kräftige Anstrengungen in Friedenszeiten, um Schulden, die unvermeidliche Kriege verursacht haben mögen, zu vermindern und nicht auf unsere Nachkommenschaft unedelmütig die Bürde zu werfen, die wir selber tragen sollten.“

Zur Charakteristik Washingtons sei zum Schluß noch eine Bemerkung seines großen Zeitgenossen Jefferson erwähnt: „Er war, wie sie wissen, eine edle Erscheinung, seine Figur war ganz, wie man es nur wünschen kann; seine Haltung ungezwungen, aufrecht und vornehm; der beste Reiter seines Zeitalters und die eleganteste Gestalt, die man je zu Pferde sehen konnte.“

Mehr konnte jedoch Amerika seinen größten Sohn nicht ehren, als daß die Hauptstadt der Vereinigten Staaten den Namen Washington erhielt.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten außerdem ist eine achtseitige Heimatbeilage beigefügt.

Sonntag, den 28. Februar
abends 8 Uhr im Schützenhaus

Großes Extra-Konzert

(Abonnements-Konzert)

der gesamten Stadtkapelle Nebra

Anschließend: **Tanzkränzchen.**

Es laden freundlichst ein

Stein. **Janda.**

Die im Saale-Unstrut-Elster-Bezirk

vereinigten Kriegervereine werden gebeten, von jeder öffentlichen Kundgebung, betr. die bevorstehende **Reichspräsidentenwahl** Abstand nehmen zu wollen.

Es wird erwartet, daß alle Kameraden sich an der Reichspräsidentenwahl beteiligen und ihre Stimme allein nach ihrer persönlichen Ueberzeugung und so abgeben werden, wie sie es als alte Soldaten vor ihrem Gewissen verantworten können.

Mit kameradschaftlichem Gruß!

Obergeneralarzt a. D. **Dr. Witte.**
1. Vorsitzender des Saale-Unstrut-Elster-Bezirks
im preußischen Landes-Kriegerverband.

Unerhört billig und noch gratis einen Bauernkäse

vom Freitag, d. 26. Februar bis Sonnabend, d. 5. März

zur weiteren Einführung **auf 1 Pfund**

der beliebten Holstein. Tafel-Margarine

1/2 Pfund 40 und nur 34 Pfg.

Hierzu viele wertvolle Zugaben, siehe Sonderbeilage!

Tafel-Margarine G. & B.	Pfund 36 Pfg.
Tafel-Margarine, ffein	Pfund 45 Pfg.

Heinrich Berlet

Nur **80** Pfg.

Weltstimmen

Die prächtige, bilderreiche Monatsschrift, die Sie alle Bewegungen, Äußerungen, Ideen und Fragen des geistigen Lebens miterleben läßt.

Jeden Monat ein Heft zu 80 Pfg.

„Ich bin von den Weltstimmen ehrlich begeistert! Das ist in der Tat aufhauende Literaturbetrachtung, und zwar von solcher Lebendigkeit des Wortes und Bildes, daß kein zweites Land Europas eine ähnlich schöne Publikation aufweisen dürfte.“
Fred A. Angermayer.

Franckh

FRANCKH'SCHE VERLAGSHANDLUNG
STUTTGART

Ein Inserat im **Nebraer Anzeiger**, dem Heimatsblatt, **bringt Ihnen Gewinn!**

Jede Woche feinste frische englische **Fett-Bücklinge.**

Anna Kropf,
Pfarrgasse Nr. 3.

Drucksachen

liefert prompt und preiswert die

aller Art
für alle Geschäftszwecke
für jeden Privatbedarf
in besten Ausführungen

Buchdruckerei Wilh. Sauer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320225-10/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 24 Donnerstag, den 25. Februar 1932. 45. Jahrgang

Der erste Tag.

Wieder Reichstag — Erregte Verhandlungen

Reichstagsbeginn und polizeiliche Absperrung — das sind notgedrungen zwei zusammengehörende Begriffe geworden, seit Ausschreitungen, seit planmäßige Demonstrationen und Störungsversuche gezeigt haben, daß man nur mit polizeilichem Schutz aufgehetzte Elemente in Ruhe halten kann. So war es schon ein gewohntes Bild, wenn am frühen Vormittag Polizei rings um das Reichstagsgebäude aufmarschierte, wenn die seit den Morgenstunden wartenden Massen zurückgedrängt werden mußten, wenn man die ganze Umgebung des Reichstagsgebäudes bis zum Brandenburger Tor und bis an das Spreeufer absperrte, wenn die Säulen des Brandenburger Tores mit Seilen umbunden wurden, um den Aufmarsch von Demonstranten von vornherein unmöglich zu machen. Welche eigenartige Anziehungskraft Parlamentstagungen auf manche Schichten der Bevölkerung haben, zeigte sich trotzdem in den von der Absperrung unberührten Straßen. Weit hinter dem Brandenburger Tor, Unter den Linden und auf der Wilhelmstraße standen Menschenmassen Spalier, ohne daß sie wohl selbst wußten, was sie nun eigentlich hier sehen wollten.

Zu sehen gab es eigentlich erst etwas im Reichstagsgebäude selbst und da vor allem im Sitzungssaale. Es war zunächst ein nicht unerfreuliches Bild. Dieser überfüllte Parlamentssaal, die überfüllten Tribünen, die Regierungsbank, auf der sämtliche Minister Platz genommen hatten, die Bank des Reichsrats mit den Ländervertretern — das alles konnte in dem Besucher einen Augenblick lang das Gefühl hervorrufen, als ob das deutsche Parlament wirklich mit dem Ernst und mit der Anteilnahme an einer der wichtigsten Staatsakte an die Wahl des deutschen Staatsoberhauptes für sieben Jahre, herginge. Man bemerkte freilich sehr bald Unruhe und lebhaftes Hin und Her auf den Bänken, nachdem unter verhältnismäßiger Ruhe Reichsinnenminister Groener gesprochen hatte, als der Redner der NSDAP., der Abgeordnete Goebbels, das Wort ergriff. Im Verlaufe seiner Rede kam es aber zu derartigen Lärmszenen, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

Sitzungsbericht.

Haus und Tribünen sind überfüllt Am Regierungstisch haben Reichskanzler Dr. Brüning, Vizekanzler Dietrich und die Reichsminister Stegerwald, Groener und Joel Platz genommen.

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Beschlußfassung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten. Damit verbunden ist die große innen- und außenpolitische Aussprache.

Reichsminister Groener

begründet den Vorschlag der Reichsregierung, als Wahltag für den ersten Wahlgang den 13. März und als Tag des zweiten Wahlganges den 10. April festzusetzen. Er betont, daß die Neuwahl so zeitig vorbereitet werden muß, daß am 5. Mai, an dem die Amtsperiode des Reichspräsidenten von Hindenburg abläuft, ein Reichspräsident, neu gewählt, zur Uebernahme des Amtes vorhanden sein muß. Der Minister hebt hervor, daß nach den Ausführungsbestimmungen zum Reichspräsidentenwahlgesetz eine Beschlußfassung des Reichstags über einen zweiten Wahlgang erst erforderlich sein würde, wenn dessen Notwendigkeit feststeht. Um ein für alle Mal diese technische Frage zu erledigen, empfiehlt es sich, schon jetzt einen Eventualbeschluß über den Tag des zweiten Wahlganges festzusetzen.

Ich brauche wohl nicht näher zu begründen, so erklärt der Minister, daß während der österlichen Zeit eine Wahl nicht stattfinden kann. So ergeben sich aus der Wahltechnik wie aus der Kalenderlage zwangsläufig der 13. März und der 10. April. Namens der Reichsregierung empfiehlt der Minister, dem Vorschlag zuzustimmen. Die Reichsregierung werde dafür sorgen, daß die Wahlvorbereitungen ungestört vor sich gehen könnten. Allen Versuchen, Wahlversammlungen durch gewalttätiges Vorgehen zu verhindern und dadurch die in der Verfassung garantierte Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, werde auf das schärfste entgegengetreten werden.

Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.)

erklärt: Das hervorstechendste Merkmal der politischen Entwicklung der letzten zwei Jahre in Deutschland ist der 14 September 1930. Aus dem Verfall der bürgerlichen Parteien kristallisierte sich eine 6½-Millionen-Armee der Nationalsozialisten. Anstatt daß die Nationalsozialisten nun an der Macht beteiligt würden, erklärte Reichskanzler Dr. Brüning an dem Tage nach der Wahl, es habe sich nichts geändert, es bleibe beim alten Kurs. Diese Erklärung stelle eine Verfälschung des Wahlergebnisses dar.

Das Jahr 1932 wird für Deutschland die endgültigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen bringen.

Der Redner umreißt die augenblickliche wirtschaftliche und politische Lage, die ein Bild grauenhafter Verwüstung biete. Die Notverordnungspolitik hat die Gesundheit des deutschen Volkes zerrüttet. Im Innern verschärfen sich die Gegensätze mehr und mehr. Der Reichskanzler hat bei seinem Amtsantritt erklärt, erst die Finanzen sanieren und dann die großen außenpolitischen Fragen in Angriff nehmen zu wollen. Diese These war von vornherein ein Fehlschuß, sie verwechselte Ursache und Wirkung. Die Finanzen sind in Unordnung, weil sie ewig durch eine Tributpolitik bedroht wurden, die sich vor der ganzen Welt als undurchführbar erwiesen hat.

In der Außenpolitik hat die Reichsregierung eine katastrophale Niederlage nach der anderen in niegesehenem Ausmaß erlitten. Ihr fehlt auch die Verbindung mit den breiten Massen des Volkes. Sie steht auf einer wankenden und in sich zerbröckelnden Parlamentsmehrheit, die sich nicht mehr der Mehrheit des Volkes selbst erfreut.

Wir haben uns leidenschaftlich gegen die Annahme des Young-Planes zur Wehr gesetzt. Das amtliche Deutschland trat uns entgegen, die Minister prangerten am Radio die Führer der nationalen Oppositionsbewegung als wirtschaftliche und politische Landesverräter an. (Unruhe links. — Präsident Löbe ersucht mehrfach um Ruhe.)

Die Nationalsozialisten haben das Recht, von der Regierung Rechenschaft zu verlangen über das, was sie versprach und was sie geleistet hat.

Der Sahm-Ausschuß stellt in der Tat einen Ausschuß dar. (Beifall bei den Nat.-Soz.) Es ist ein Irrtum des Reichspräsidenten, wenn er erklärt, daß er seinen Platz nicht eigenmächtig verlassen wolle. Er ist auf sieben Jahre gewählt, und handelt nur pflichtgemäß, wenn er seinen Platz nach Ablauf dieser Zeit verläßt. Erhebt er weiterhin Anspruch auf unsere Stimmen, so muß er sich gefallen lassen, daß die von ihm verantwortete Politik kritisch überprüft wird. Nicht die nationalsozialistische Bewegung hat Hindenburg im Stich gelassen, nein, Hindenburg hat die Sache seiner Wähler im Stich gelassen. (Lebh. Beifall rechts.) Er hat sich eindeutig auf die Seite der Mitte und der Sozialdemokratie gestellt.

Als der Redner in diesem Zusammenhang die Sozialdemokraten Deserteure nennt, erhebt sich bei der angegriffenen Partei ungeheurer Lärm. Die sozialdemokratischen Abgeordneten drängen auf die Rednertribüne zu, ebenso die Nationalsozialisten. Durch andauernde Zwischenrufe wird Abg. Goebbels am Weiterreden verhindert. Als auf die Vorstellungen des Präsidenten einen Augenblick Ruhe eintritt, erklärt der Redner: Es ist mir bekannt, daß aus dem Reichstagsbüro der Sozialdemokraten eine Denkschrift herausgegeben ist, in der gesagt wird, daß der Landesverrat kein Verbrechen sei. (Erneuter großer Lärm bei den Soz.)

Präsident Löbe versucht vergeblich, Ruhe zu schaffen und ruft den Abg. Goebbels für den Ausdruck „Deserteure" zur Ordnung, nachdem er ihn gefragt hat, ob ihm bekannt sei, daß in der sozialdemokratischen Fraktion sich Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte befinden.

Nach weiteren vergeblichen Versuchen, die Ruhe wiederherzustellen, unterbricht Präsident Löbe die Sitzung für eine halbe Stunde.

Die zweite Sitzung.

Nach etwa einstündiger Unterbrechung eröffnet Präsident Löbe die Sitzung wieder. Er erklärt, daß der Aeltestenrat sich mit dem Zwischenfall beschäftigt habe.

Auf Grund des Stenogramms habe Dr. Goebbels in bezug auf den Reichspräsidenten v. Hindenburg erklärt, er sei gelobt worden von der Asphaltpresse und von der Partei der Deserteure. In dieser Bemerkung sehe der Aeltestenrat eine Beleidigung des Staatsoberhauptes und eine gröbliche Verletzung der Ordnung des Hauses. Der Abg. Goebbels wird daher von der Sitzung ausgeschlossen.

(Händeklatschen im Ztr. und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Goebbels verläßt den Saal unter fortgesetzten Heil-Rufen seiner Parteifreunde.

Im Namen von Kriegsteilnehmern verschiedener Fraktionen meldet sich Abg. Lemmer (Staatspt.) zum Wort, kann sich aber bei größter Unruhe und lärmenden Zurufen von der Rechten kaum durchsetzen.

Er erklärt, der Abg. Goebbels habe Mitglieder des Hauses beleidigt, die als Kriegsteilnehmer den Weltkrieg mitgemacht hätten.

Diese Erklärung habe bei den Fraktionen, für die er spreche, und in den Kreisen der Kriegsteilnehmerfraktionen größte Entrüstung hervorgerufen. (Fortgesetzte große Unruhe. — Die Abgeordneten drängen zum Rednerpult, die Ausführungen des Redners selbst gehen in Lärm unter.) Von allen Parteien seien eben Opfer auf dem Altar des Vaterlandes dargebracht worden.

Die Entrüstung sei um so größer, als der Abgeordnete Goebbels und ein großer Teil seiner Fraktionskollegen den Weltkrieg nicht mitgemacht hätten.

Abg. Stubbendorff (Dnatl.)

erklärt, er habe in dem Lärm nicht klar verstehen können, wem Herr Lemmer eigentlich vertrete. Er nehme deshalb Veranlassung, zu betonen, daß dessen Erklärung für die Kriegsteilnehmer der deutschnationalen Fraktion nicht abgegeben sei.

Abg. Gräf (Komm.)

erklärt, die Kriegsopfer würden gemeinsam mit dem Proletariat ihre Sache gegen die kapitalistische Kriegspolitik der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten zu verteidigen wissen.

Abg. Strasser (Nat.-Soz.)

wird von der Linken mit lebhafter Unruhe empfangen. Der Redner protestiert gegen die unerhörte Gewalttätigkeit, die man gegen den Abg. Goebbels angewendet habe. Auf das Stichwort von der Partei der Deserteure habe sich nur die Sozialdemokratie getroffen gefühlt. (Stürm. Beifall b. d. Nat.-Soz., Gelächter bei den Soz.) Dieser Name kann sich niemals auf jemanden beziehen, der bis zum letzten Tage an der Front gestanden hat. Ich kämpfe lieber gegen den Feind, als daß ich infolge der marxistischen Brüningpolitik vor Hunger krepiere! Mit talmudisch geschulter Spitzfindigkeit hat man aus den Worten des Abg. Goebbels eine Beleidigung konstruieren wollen. Er hat dabei von einem Lobe gesprochen, das kann niemals eine Beleidigung sein.

Abg. Dr. Schumacher (Soz.)

betont unter dem Lärm der Nationalsozialisten, es habe keinen Zweck, sich mit den Nationalsozialisten über Beleidigungen zu unterhalten, da diese die Verleumdung geradezu zum System gemacht hätten. Die Sozialdemokraten hätten es nicht nötig, ihre durch Opfer an Gut und Blut erhärtete nationale Politik (Lachen bei den Nat.-Soz.) gegenüber den Nationalsozialisten zu verteidigen, von denen ein großer Teil sich erst seit zwei oder drei Jahren mit Politik beschäftige. Die nationalsozialistische Agitation sei ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen (Großer Lärm bei den Nat.-Soz.) Wenn man irgend etwas bei der Nationalsozialisten anerkennen könne, so sei es die Tatsache, daß ihnen zum ersten Mal in der deutschen Politik die Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen sei.

Abg. Albrecht (Komm.)

stellt fest, daß der Reichstag im Zeichen imperialistischer Kriegspolitik tage.

Abg. Baltrusch (Volksnat.) gab für die Reichsvereinigung der Jungdeutschen Bewegung die Erklärung ab, daß diese nach wie vor zu Hindenburg stehe.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Die Gegenkandidaten zur Reichspräsidentenwahl.

e des Stahlhelm
sozialisten, Ernst
mmunisten.

klärung.

s, 24. Februar.
Kammer und dem
e die Regierungs-
genpolitische Fra-
darauf, daß der
gabe zufalle, ging
age ein. Tardieu

frage beschränkt
ewisse Abände-
rzeichnern nicht

ezweckt die Stär-
ung einer inter-
egierung begrüßt
Lausanner Kon-
echt wünschen.

kriegs standen. den
eits auf eine ehr-
nen, die auf Ge-
erung der Inter-

f ein und betonte
edung des Haus-
halts. Er erklärte ferner, daß sich die Regierung nicht in den Kampf um die Wahlreform mischen werde. Nach der Verlesung der Erklärung wurde sofort in die öffentliche Aussprache eingetreten.

Ein deutscher Schritt.

Zur Behandlung der Memelfrage im Haag.

Berlin, 23. Februar.

Zum Abschluß der Völkerbundsratstagung über die Memelfrage weist man in maßgebenden Kreisen in Berlin darauf hin, der Bericht habe klipp und klar festgestellt, daß die Lage im Memelgebiet anormal sei und daß Maßnahmen ergriffen werden müßten, damit die Zustände nicht noch schlimmer würden. Es sei nun zunächst abzuwarten, ob im Memelgebiet tatsächlich ein gesetzmäßiges Direktorium eingesetzt würde, das das Vertrauen des Landtages besitze.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320225-10/fragment/page=0005